„Gleichschaltung“

Die Machtübernahme der Partei in Politik und Verwaltung

Nach der „Machtergreifung“ ging die NSDAP sofort daran, ihre Macht auch auf kommunaler Ebene auszubauen. Sie löste alle demokratische Strukturen auf. Auch gelang es, die Verwaltungsspitzen „gleichzuschalten“. Von 16 Personen, die hauptamtlich Oberbürgermeister – wie in Herford – oder Bürgermeister im Landkreis Herford waren, traten nur drei der NSDAP nicht bei. Drei waren schon 1929 bzw. 1931 Mitglieder geworden, vier im Zeitraum 1932 bis 1937 und sechs waren ab 1.5.1933 Parteimitglied. Die Verwaltungsspitzen passten sich dem Nationalsozialismus an. Die beiden NSDAP-Kreisleitungen Herford-Stadt und Herford-Land wurden zusammengelegt und bildeten ab Mitte Dezember 1935 die NSDAP-Kreisleitung Herford. Sie war die wirkliche Machtenzentrale und kontrollierte Politik und Verwaltungen.

Amtseinführung des Herforder Bürgermeisters Friedrich Kleim am 4.8.1933 (KAH).

Friedrich (Fritz) Kleim

Der Jurist Friedrich Kleim (1888 - 1945) trat im August 1933 die Nachfolge von Althaus an. Mit seinem am 1.5.1933 erfolgten Eintritt in die NSDAP arrangierte sich dieser qualifizierte Verwaltungsfachmann mit dem neuen System. Er war Bürgermeister der Stadt Soest und bis 1932 Mitglied der DVP (Deutsche Volkspartei) gewesen. In Herford galt er als „anständiger“ Nationalsozialist, der die Amtsgeschäfte im „Einklang der Gemeindeverwaltung mit der Partei“ ausführte. Im Verhältnis zwischen Verwaltung und Partei gab es nun unbestritten einen Vorrang der Partei (KAH).

Entmachtung

Ernst Althaus (1889 - 1977), Mitglied der DDP (Deutsche Demokratische Partei), 1933 Oberbürgermeister der Stadt Herford, war Anfang der 1930er Jahre ins Visier der Nationalsozialisten geraten und öffentlich durch deren Presseorgan „Westfälischer Beobachter“ angegriffen worden, weil er die Herforder Polizei gegen NSDAP- und SA-Mitglieder eingesetzt hatte. Althaus wich dem Druck der NSDAP, indem er noch im Mai 1933 den Mindener Regierungspräsidenten um Beurlaubung bat. Um sich im NS-Sinn zu „bewähren“, wurde Althaus im April 1934 zum Bürgermeister der Stadt Minden berufen. 1937 trat er in die NSDAP ein.

Ausschaltung des Gemeinderats

Nachdem durch Verordnung des preußischen Staatsministeriums vom 4.2.1933 alle Gemeindevertretungen mit Wirkung vom 8.2.1933 aufgelöst worden waren, errangen bei der sich anschließenden Kommunalwahl die Nationalsozialisten 17 von 36 Sitzen im Herforder Stadtrat. Anfang April 1933 wurden die 12 Mandate von SPD und KPD für „unwirksam“ erklärt. Seit dem preußischen Gemeindeverfassungsgesetz vom 15.12.1933 gab es in Herford nur noch die leere Hülle eines Gemeinderats mit „beratender Stimme“. Er war auf insgesamt 15 NSDAP-Mitglieder geschrumpft. Der Kreisleiter und der ranghöchste SA-Führer, die die Stellung von ehrenamtlichen Gemeinderäten hatten, sollten den Oberbürgermeister nun beraten. Abstimmungen fanden im Gemeinderat nicht mehr statt.

„Siegesfeier“

Das Wahlergebnis bei der Reichstagswahl am 5.3.1933 lag in Herford-Stadt bei 44,6% der abgegebenen gültigen Stimmen, in Herford-Land bei 49,8%. Am Abend des 7. März 1933 sorgten die Herforder NSDAP und der „Stahlhelm“ dafür, dass am Rathaus, am Gebäude der Post, am Finanzamt und am Kreishausgebäude schwarz-weiß-rote Fahnen (die Farben der alten Reichsflagge) und Hakenkreuzfahnen gehisst wurden. Die Mitglieder des „Stahlhelms“ und der NSDAP (SA, SS, HJ, NSBO) traten zunächst auf dem Herforder Rathausplatz an (KAH).

Gleichgeschaltet: Der Kreisausschuss 1938 (KAH).

Hilfspolizei

Gemäß dem Erlass des preußischen Innenministers vom 22.2.1933 gab es auch in Herford eine „Hilfspolizei“ aus Mitgliedern des „Stahlhelms“, der SA und SS unter Führung der ordentlichen Polizei. Damit konnten die Schlägertruppen der NSDAP ihre Willkür quasi in staatlichem Auftrag ausüben. Nach dem Reichstagsbrand stockte man die Hilfspolizei in Herford auf 100, im Landkreis Herford auf 120 Männer auf. Am 15.8.1933 hob die Polizei die Hilfspolizei auf, da inzwischen die Geheime Staatspolizei (GESTAPO) entstanden war.

Kreisleiter Kosiek

Zum 1.10.1932 wurde Heinz Rudolf Kosiek Kreisleiter von Herford-Stadt. Seit Oktober 1932 war die Kreisleitung in Räumen an der Brüderstraße 32, ab November 1934 in der Clarenstraße 18 und ab 1.8.1940 in der ehemaligen Loge „Zur roten Erde“ am Adolf-Hitler-Wall untergebracht. Kosiek gab das Amt am 16.9.1933 „wegen Arbeitsüberlastung“ auf, als er Anfang Mai 2. Bürgermeister geworden war.

Ernst Nolting

Nachfolger Kosieks als Kreisleiter Herford-Stadt wurde Ernst Nolting (1891 - 1945, Bremitte, KAH), seit 1930 Mitglied der NSDAP und beruflich Prokurist einer Zigarrenfabrik. Der Gauleiter ernannte ihn 1935 zum Kreisleiter des zusammengelegten NSDAP-Kreises Herford. Nolting arbeitete ehrenamtlich, bekam aber eine Aufwandsentschädigung. Zudem erhielt er den gut bezahlten Posten eines kaufmännischen Direktors beim kommunalen Elektrizitätswerk Minden-Ravensberg (EMR).

Das frühere Logengebäude als Parteisitz mit Kreisleiterbüro und Festsaal (KAH).

Kreisleitung der NSDAP

Die Kreisleitung war arbeitsteilig in verschiedenen Ämtern organisiert. Die Amtsleiter, die ehrenamtlich arbeiteten, wurden auch wegen ihres Hauptberufes ausgesucht, dessen Kompetenzen sie in ihr Kreisamtsleiteramt einbringen sollten. Besonders wichtige Ämter waren: Kreisgeschäftsführer, Kreispropagandaleiter, Organisationsamtsleiter, Personalamtsleiter, Schulungsamtsleiter und Kassenleiter. Die Mitglieder der Herforder Kreisleitung waren größtenteils zwischen 30 und 50 Jahre alt und wohnten fast ausschließlich in der Stadt Herford, was ihre regelmäßige Anwesenheit in der Geschäftsstelle erleichterte. Eine personelle Veränderung bei den Funktionen war relativ selten. Anfang 1935 wurde zwecks weltanschaulicher Schulung eine „Kreisführerschule der NSDAP“ eingerichtet, die Lehrgänge in Herford und anderen Orten des Landkreises abhielt.

Fritz Hartmann

Als Landrat Franz von Borries, der noch einige Monate vorher NSDAP-Mitglied geworden war, Ende September 1933 in den Ruhestand versetzt wurde, kam mit Erich Hartmann (1896 - 1976) ein Nachfolger in das Amt des Landrats des Kreises Herford, der zwar keine für das Amt übliche Fachqualifikation hatte, aber durch und durch Nationalsozialist war. Er war zugleich Gauinspekteur der NSDAP und vereinigte damit Staats- und Parteiamt in einer Person, wobei für ihn die Parteiinteressen immer Priorität hatten (KAH).

„Säuberungen“

Aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7.4.1933 kam es zu einer „Säuberung“ in den Gemeindeverwaltungen und bei der Polizei. Besonders ins Visier gerieten Mitglieder von SPD und KPD sowie Juden. In der Stadt Herford wurden 1933 sechs Beamte, drei Angestellte und 17 städtische Arbeiter entlassen.

Beim Herforder Kreis und den Verwaltungen im Landkreis Herford, bei der Stadt- und Kreissparkasse mussten ebenfalls Mitarbeiter gehen. Extrem war es auch beim Herforder Arbeitsamt, wo nicht nur der stellvertretende Direktor, der ein führender Herforder Sozialdemokrat war, sondern noch acht weitere Angestellte wegen ihrer „marxistischen Einstellung“ ausscheiden mussten.

Polizei

Wohl auf Kosieks Druck wurden 1933 und Anfang 1934 fünf Polizeibeamte, davon zwei Kriminalbeamte, in den Ruhestand versetzt. Weitere Polizeibeamte, die SPD-Mitglieder gewesen und der NSDAP und der SA „sehr brutal entgegengetreten“ waren, wurden nicht entlassen, aber versetzt. Die freigemachten Stellen wurden „mit arbeitslosen, langjährigen Anhängern der nationalsozialistischen Bewegung“ besetzt. Nur waren die NSDAP-Mitglieder nicht immer qualifiziert für den in Aussicht gestellten Posten.

Städtische Arbeiter

Am 15.8.1933 beschloss der Herforder Magistrat, 17 Arbeiter aus dem städtischen Dienst zu entlassen. 8 davon kamen aus Fuhrpark, Kanalreinigung und Friedhof, 8 vom Gaswerk und 1 vom Schlachthof. Die Kündigungen sollten keinen Hinweis auf den Kündigungsgrund oder ein Beschwerderecht enthalten und wurden verschleiernd als tarifvertragliche Kündigung hingestellt. Die Bitte eines 55jährigen Arbeiters um Rücknahme wurde abgelehnt. Er hatte 20 Jahre bei der Stadt als Pflasterer gearbeitet, Ende der 20er Jahre in Ausübung seines Berufes ein Auge durch einen Steinsplitter verloren und sah es als unmöglich an, mit einem Auge wieder Arbeit zu finden.

Rathausputzfrau L. Wüst

Am 31.8.1933 kündigte die Stadt die das Rathaus reinigende Frau Wüst, weil sie Ehefrau eines „eifrigen Kommunisten“ wäre. Ihr Ehemann beschwerte sich als Mitglied der DAF bei dieser über die Kündigung. Der Kündigungsgrund sei unbekannt, „Doppelverdienertum“ liege nicht vor, da er selbst nur kurze Zeit Notstandsarbeiten verrichtet habe und nun schon wieder 5 Wochen arbeitslos sei. Der Lohn der Frau werde unbedingt zum Lebensunterhalt gebraucht. Einige Tage später informierte Oberbürgermeister Kleim: „Die ganze Familie Wüst ist nach unseren Feststellungen kommunistisch eingestellt. Nach ministerieller Anordnung müssen kommunistisch eingestellte Arbeitnehmer entlassen werden. Eine Belassung der Frau Wüst in ihrer Stellung ist daher nicht möglich.“

Dr. Anne Marie Morisse

Prominentestes Opfer der „Gleichschaltung“ an den Schulen war die Leiterin der Staatlichen Oberschule für Mädchen (ab 1939 Königin-Mathilde-Schule), Dr. Anne Marie Morisse, die der DDP angehörte und 1921 für den Preußischen Landtag kandidiert hatte. Sie war für die Herforder NSDAP nicht akzeptabel. Zunächst wurde lanciert, sie sei nicht arisch. Sie erhielt Drohbriefe und die Fenster ihrer Dienstwohnung wurden eingeworfen. Schließlich wurde sie ab dem 1.9.1933 beurlaubt. Eine Unterschriftensammlung des Kollegiums blieb erfolglos.

Dr. Morisse ging mit 55 Jahren in den Ruhestand (KAH). Ihr Nachfolger Ernst Ohle war zwar erst am 1. April 1933 der NSDAP beigetreten, hatte aber bereits in der Partei mitgearbeitet und in den 1920er Jahren der berüchtigten Brigade Ehrhardt angehört.